

Populistischer Protest. Mobilisierung gegen Asylunterkünfte in oberösterreichischen Gemeinden

Sieglinde Rosenberger/Miriam Haselbacher (Wien)

Sieglinde Rosenberger/Miriam Haselbacher: *Populistischer Protest. Mobilisierung gegen Asylunterkünfte in oberösterreichischen Gemeinden* (S. 399–421)

Im Zuge des rasant steigenden Bedarfs an Flüchtlingsunterkünften häuften sich lokale Proteste gegen die Eröffnung von (neuen) Asylquartieren. Wer initiiert und nimmt an Protestaktivitäten gegen Bundes- und Landesentscheidungen teil? Welche Mittel werden eingesetzt und welche Argumente vorgebracht? Der Artikel basiert auf einer Untersuchung von medial berichteten Protestaktivitäten gegen neue Unterkünfte in oberösterreichischen Gemeinden. Mit der Perspektive der sozialen Bewegungsforschung werden diese Proteste als kleinräumig, institutionell und populistisch ausgerichtet charakterisiert. BürgermeisterInnen initiieren und kanalisieren, BürgerInnen nehmen teil und die FPÖ dominiert die Debatte. Argumente differieren zwischen den HauptakteurInnen – BürgermeisterInnen protestieren gegen »Die-da-oben«, identitätspolitische Positionen und Deutungen werden hingegen primär von BürgerInnen und der FPÖ vorgebracht. Durch diese Proteste wird ein öffentliches Klima der Ablehnung von Flüchtlingen (re-) produziert und eine neue föderale Spannungslinie entsteht.

Schlagnote: Protest, Asylquartiere, Rechtspopulismus, Lokalpolitik, soziale Bewegungen

Sieglinde Rosenberger/Miriam Haselbacher: *Populist Protest. Mobilization Against Reception Centres in Upper Austrian Communities* (pp. 399–421)

The growing demand for reception centres for asylum seekers in 2015, and the opening of new facilities, frequently provokes protest on the local level. Who initiates and takes part in protest activities? What repertoires and what arguments do protesters use? Based on an analysis of media reports about protest activities in municipalities in Upper Austria, this article characterizes collective actions against reception centres as small-scale institutional and populist protests. Mayors initiate protest activities, citizens participate in them and the Austrian Freedom Party (FPÖ) dominates the discourse. Arguments against the facilities vary along actors – mayors call for a democratization of decision-making processes and mobilize against »those up there«, whereas protesting citizens and the FPÖ make use of identity-based arguments reflecting the dichotomy »We against the Others«. These conflicts (re-) produce a public climate of hostility and reveal federal cleavages.

Keywords: protest, asylum facilities, right wing populism, local politics, social movements

1. Einleitung

Die massive Flüchtlingszuwanderung verändert und polarisiert europäische Gesellschaften: Auf der einen Seite entstehen zivilgesellschaftliche Initiativen und es besteht eine große Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen, auf der anderen Seite häufen sich Proteste gegen die Errichtung von Unterkünften und die Aufnahme von Asylsuchenden. BürgerInnen gehen auf die Straße, schließen sich in Bürgerinitiativen zusammen, nutzen die sozialen Medien und intervenieren, um politisch-administrative Entscheidungen zu blockieren. Aber auch KommunalpolitikerInnen, rechtspopulistische Parteien und rechtsextreme Organisationen machen Stimmung gegen Quartiere und Notunterkünfte. »Protest von unten« verbündet sich mit »Protest von oben« (Lamberty/ Wichmann 2015, Rucht u. a. 2015, Jakob 2016).

In Österreich ist seit 2014¹ der Bedarf an Unterbringungseinrichtungen drastisch angestiegen. Dennoch weigerten sich viele Gemeinden, Flüchtlinge aufzunehmen, sodass es im Sommer 2015 nur in einem Drittel der österreichischen Gemeinden Asylquartiere gab.² Landes- und Bundespolitik waren gleichzeitig mit einer »Unterbringungskrise« (AIDA 2015, 60), d. h. mit fehlenden bzw. nicht den Standards entsprechenden Quartieren als auch mit Gemeinden konfrontiert, die keine Flüchtlinge bei sich aufnehmen wollten. Lokale Proteste blockierten die Unterbringungspolitik von Bund und Ländern und offenbarten die Schwächen der Grundversorgungsvereinbarung von 2004, die eine Verteilung von Asylsuchenden auf die Bundesländer vorsieht (Limberger 2010). Der Widerstand gegen Quartiere war in heftige politische Diskussionen zur Quotenerfüllung eingebettet, lief also auf föderale Konflikte zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hinaus (Fallend 2006).

Der Beitrag untersucht diese lokalen Proteste gegen Asylunterkünfte mit dem analytischen Werkzeug der politischen Protestforschung in Gemeinden im Bundesland Oberösterreich (zur Protestforschung siehe Kriesi 1995, McAdam et al. 1996, Della Porta 2014). Das kollektive Handeln gegen politische Entscheidungen, Mobilisierung und Verlauf der Proteste werden empirisch erhoben und vor dem Hintergrund spezifischer Kontextfaktoren analysiert. Das Forschungsinteresse liegt auf Beziehungsmechanismen zwischen lokaler Politik und Bevölkerung. Welche Rolle spielen die BürgerInnen, welche die repräsentativ-demokratischen FunktionärInnen bei der Initiierung von Protesten bzw. bei deren Verlauf? Welche Mittel setzen sie ein und welche Argumente werden zur Verhinderung von Unterkünften vorgebracht? Ziel der Untersuchung ist es, eine Charakterisierung der Proteste vorzunehmen, deren Mobilisierung zu erheben, aber auch die Kanalisierung von neuen Konfliktpotenzialen und Spannungen im föderalen System zu benennen.

1 BMI (Bundesministerium für Inneres) (2016) *Asylstatistik 2015*, verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asyl_Jahresstatistik_2015.pdf, 31. 5. 2016.

BMI (Bundesministerium für Inneres) (2015) *Asylstatistik 2014*, verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asyl_Jahresstatistik_2014.pdf, 31. 5. 2016.

2 Ein Drittel der österreichischen Gemeinden hatte im Juni 2015 AsylwerberInnen aufgenommen: <http://orf.at/stories/2284695/2284699/>, 20. 5. 2016.

Im Folgenden gehen wir auf den Forschungsstand ein (Kap. 2) und skizzieren den politischen Kontext der Anti-Asylquartier-Protteste (Kap. 3). Aus diesem leiten wir zwei Thesen ab, an denen sich die empirische Arbeit orientiert. Im Anschluss daran werden Daten und Methoden erläutert (Kap. 4), um anschließend Charakteristika der Anti-Asylquartier-Protteste über die Unterpunkte Protestobjekt (Kap. 5), AkteurInnen (Kap. 6), Protestrepertoires (Kap. 7) und Argumente (Kap. 8) zu identifizieren. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst (Kap. 9) und es wird ein Ausblick mit weiterführenden Fragestellungen gegeben (Kap. 10).

2. Zum Forschungsstand

Der Widerstand gegen Asylquartiere ist bisher nur Gegenstand weniger Untersuchungen gewesen. Marcel Lubbers et al. (2006) erhoben die Einstellungen zu Asylzentren in der niederländischen Bevölkerung und kamen zum Ergebnis, dass Ablehnung mit Merkmalen des Standorts und mit demographischen Charakteristika der Asylsuchenden zusammenhängt. Größere Einrichtungen werden eher abgelehnt als kleinere, und die Ablehnung gegenüber neuen Einrichtungen ist stärker ausgeprägt als gegenüber bereits bestehenden. Dies erklären die Autoren mit der »*social intergroup-thesis*«, wonach direkte Kontakte und Beziehungen eine negative Haltung gegenüber Flüchtlingen abschwächen. Die Studie fragt auch nach ökonomischen und finanziellen Erwägungen und zeigt, dass feindliche Einstellungen gegenüber Flüchtlingen mit der Erwartung der ökonomischen Abwertung der Umgebung von Asylquartieren zusammenhängen.

Phil Hubbard (2005a, 2005b) und Ralph Grillo (2005) untersuchten Argumente lokaler Protestgruppen gegen Asyleinrichtungen in Großbritannien. Grillo zeigt die Übereinstimmung von Angst betonenden Diskurselementen der AsylgegnerInnen mit jenen der British National Party. Hubbard (2005b) veranschaulicht, wie ablehnende Argumente der Protestierenden mit rassistischen und sexistischen Inhalten aufgeladen werden; so bettet er beispielsweise den Einwand, wonach sich Asylsuchende in ländlichen Gebieten exkludiert fühlen würden, in die Idee der ethnischen Reinheit des Ländlichen ein.

Seit Mitte der 1990er-Jahre ist die Unterbringung von Asylsuchenden in Österreich stark politisiert (Gruber 2011). Nach Inkrafttreten der Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern im Jahr 2004 traten österreichweit Proteste auf. Raimund Pehm (2010) stellte für Tirol fest, dass Protestgruppen die fehlende Transparenz der Entscheidungen von Landes- und Lokalpolitik ins Treffen führten und dass die lokale Politik undemokratisches Handeln sowie das Nicht-Einbinden in Entscheidungen seitens der Landes- und Bundespolitik kritisierte. Er identifiziert darüber hinaus mehrere Strategien, die vor der Eröffnung neuer Quartiere angewandt werden, um potenziellem Protest zu begegnen oder ihn zu umgehen.

3. Der politische Kontext

Die politische Kultur in Österreich ist von politischen Parteien geprägt, die nicht nur Entscheidungen treffen, sondern auch die Partizipation dominieren. Parteien organisieren die Teilnahme in repräsentativ-demokratischen Kanälen, manchmal initiieren sie Protest und transformieren Protestaktivität in Parteiaktivität, manchmal wird Proteststimmung in Parteiaktivitäten kanalisiert (Plasser/ Ulram 2010, Handler/ Walter 2014).

Die Protestbereitschaft der österreichischen Gesellschaft ist hingegen moderat (Dolezal/ Hutter 2007). Protest als unkonventionelles, extra-repräsentatives Partizipationsbündel ist im Vergleich zu anderen etablierten europäischen Demokratien eine wenig geschätzte und praktizierte Aktionsform (Rosenberger/ Seeber 2011). Im Feld der Migrations- und Asylpolitik fanden Proteste von unten – d. h. nicht von Parteien, sondern von Menschen ohne Beteiligung institutionell etablierter Netzwerke organisiert – nur vereinzelt statt. Inhaltlich richteten sich diese Proteste gegen restriktive und exkludierende Entscheidungen, insbesondere gegen Abschiebungen (Langthaler/ Trauner 2009, 165, Rosenberger/ Winkler 2014, Fenninger 2015).

Die Mobilisierung für ein verschärftes Asyl- und Fremdenrecht sowie eine strenge politische Praxis erfolgte durch die FPÖ. Seit den 1990er-Jahren übt die FPÖ die Rolle der rechtspopulistischen Protestpartei aus, nutzt direktdemokratische Instrumente und artikuliert Kritik am politischen System ebenso wie an einzelnen Politikfeldern (Heinisch 2012, 365). Als elektoral erfolgreiche Anti-Migrationspartei steuert sie den migrationspolitischen Diskurs (Wodak 2015, 143) und mobilisiert sowohl in institutionellen Arenen (Parlamenten) als auch über direkte Mittel gegen die Regierung. Ein Beispiel hierfür ist das Volksbegehren »Österreich Zuerst« im Jahr 1993, das eine Reihe restriktiver Forderungen zur Migrationspolitik enthielt. Eine der wenigen Großdemonstrationen der Zweiten Republik, das »Lichtermeer« 1993, brachte jedoch mehr Menschen auf die Straße als das von der FPÖ initiierte Volksbegehren (Götzelmann 2010, 49).

Neben der FPÖ begünstigt der Föderalismus die Entstehung von Anti-Asylquartier-Protesten. Im Bereich Asyl liegt keine horizontale Kompetenz- und Verantwortungsverteilung vor, sondern eine hierarchisch organisierte (Wimmer 2010). Der Bund ist für die Asylgesetzgebung und die Erstaufnahme zuständig und betreibt darüber hinaus einzelne Quartiere. Mit den Ländern wurde 2004 die Grundversorgungsvereinbarung abgeschlossen, wonach die Länder verpflichtet sind, Flüchtlinge entsprechend der Bevölkerungszahl unterzubringen (die sogenannte Quote). Den Ländern obliegt es, Quartiere zu finden, Heime zu betreiben und mit ImmobilienbesitzerInnen Verträge abzuschließen (Limberger 2010, 53). Die Gemeinden haben (mit Ausnahme der feuerpolizeilichen Genehmigung oder der gewerberechtlichen Widmung von Gebäuden) keine formellen Kompetenzen und folglich auch keine Informations- oder Mitspracherechte. Sie haben aber, nachdem Flüchtlinge dem Ort zugeteilt worden sind, eine Reihe von integrationspolitischen Aufgaben zu erbringen (Knapp 2015, 61).

Vor diesen institutionellen und politischen Hintergründen erwarten wir, dass bei Protesten gegen Asylunterkünfte erstens die FPÖ eine mobilisierende Rolle einnimmt, und dass zweitens aufgrund der asymmetrischen Kompetenzaufteilung zwischen den politischen Ebenen sowie der geringen Protestbereitschaft der österreichischen Bevölkerung lokale Politik eine initiiierende und tragende Rolle innehat.

4. Daten und Methoden

Der Beitrag basiert auf einer laufenden Forschung zum Umgang mit Flüchtlingen in österreichischen Gemeinden. In diesem Projekt untersuchen wir sowohl Proteste gegen die Aufnahme und Präsenz von Flüchtlingen als auch die im Kontext der Aufnahme entstehenden Unterstützungsinitiativen. Dieser Beitrag legt den Fokus auf Oberösterreich, ein Bundesland, das in der Vergangenheit die Quote der Grundversorgungsvereinbarung überwiegend erfüllte. Am 27. September 2015 fanden Landtags-, Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahlen statt, wodurch der Unterbringungsthematik zusätzliche Aufmerksamkeit zukam.³

Die Grundlage für die Analyse sind medial berichtete Protestfälle im Zeitraum Jänner 2014 bis August 2015. Ein *Protestfall* ist definiert als Aktivität gegen ein spezifisches Quartier und kann aus mehreren Protestereignissen bestehen. Die Datenerhebung gliederte sich in zwei Schritte.

Als erstes identifizierten wir alle Protestfälle in Oberösterreich für unseren Untersuchungszeitraum. Basis hierfür waren eine schriftliche Anfrage im oberösterreichischen Landtag und vom ORF erhobene Daten zur räumlichen Verteilung von Asylquartieren in ganz Österreich.⁴ Darauf aufbauend recherchierten wir, in welchen Gemeinden schon seit mehreren Jahren AsylwerberInnen-Unterbringungseinrichtungen bestehen, wo Quartiere neu eröffnet wurden und wo es zu Protest bzw. zum Aufbau von Unterstützungsnetzwerken kam. Auf diese Weise identifizierten wir 25 Protestfälle in 20 Gemeinden (in drei Gemeinden wurde gegen mehrere Quartiere protestiert; siehe Tabelle 1 im Anhang, S. 421). Im zweiten Schritt erhoben wir in einer umfassenden Internetrecherche detaillierte Informationen zu den einzelnen Protestfällen. Berücksichtigt wurden neben Medienberichten (bundesweite und lokale Zeitungen sowie ORF) und den sozialen Medien auch Gemeindenachrichten, Gemeinderatsbeschlüsse, Informationsschreiben sowie direkte Protestmaterialien.

3 SORA/ISA (2015) *Wahlanalyse Landtagswahl Oberösterreich 2015 im Auftrag des ORF*, verfügbar unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2015_LTW-OOe_Wahlanalyse.pdf, 20. 5. 2016.

4 Der Datenjournalist Jakob Weichenberger erstellte für den ORF mehrere interaktive Grafiken, welche Gemeinden mit und ohne Asylsuchende auflistet: <http://orf.at/stories/2284695/2284699/>, 20. 5. 2016. Schriftliche Anfrage von Günter Steinkeller an Landesrätin Gertraud Jahn betreffend Grundversorgung, verfügbar unter: http://www.fpoe-ltklub-ooe.at/uploads/media/201508_Grundversorgung.pdf, 1. 5. 2016.

Die Datenauswertung erfolgte mit einem Codebook, das sich an Kategorien der sozialen Bewegungsforschung orientiert und AkteurInnen, Mittel, Argumente und Ergebnisse der Proteste erfasst.

Die Codes wurden mittels deskriptiv-statistischer Methoden ausgewertet. Eine dichte Hintergrundbeschreibung jedes Protestfalls ergänzt die quantitativen Ergebnisse um Informationen über das Protestergebnis (Verhinderung, Veränderung, Inbetriebnahme der Unterkunft) sowie um allfällige Unterstützungsinitiativen.

In den folgenden Kapiteln präsentieren wir die Ergebnisse zum Auftreten von Protesten, zu AkteurInnen, Mitteln und Argumenten und werden auf dieser Grundlage Charakteristika der Anti-Asylquartier-Proteste herausarbeiten.

5. Protestobjekt: Gegen wen und was wurde protestiert?

Hinsichtlich der Art der Einrichtung und der politischen Verantwortlichkeit weisen die in oberösterreichischen Gemeinden erhobenen Protestfälle folgende Merkmale auf: Protestiert wird a) nahezu ausschließlich gegen neue Einrichtungen, b) tendenziell stärker gegen Bundeseinrichtungen, c) die Größe der Unterkunft spielt eine bedeutende Rolle, d) nicht jedoch der Anteil der Flüchtlinge an der Gemeindebevölkerung.

Diese Ergebnisse zu Auftreten und Häufigkeit unterstreichen die Beobachtung von Sidney Tarrow und Charles Tilly (2007), wonach Proteste (*«contention»*) in Wellen auftreten. In Oberösterreich diffundierten sie von einer Gemeinde in andere und verdichteten sich so zu einem politischen Muster der negativen Politisierung von Entscheidungen über neue Asylquartiere.

Zu a) In Oberösterreich gab es am 10. August 2015 insgesamt 143 organisierte Unterbringungseinrichtungen mit mehr als sechs zu versorgenden Personen.⁵ Zwischen 2014 und 10. August 2015 wurden 97 Unterbringungseinrichtungen neu eröffnet. Auf der Basis unserer Recherchen kam es bei 25 Prozent aller *neu* eröffneten Einrichtungen zu Protesten. Lediglich ein Protestfall betrifft die Überbelegung einer vor Jahren eingerichteten Stelle (Erstaufnahmestelle Thalham). Anti-Asylquartier-Proteste treten also beinahe ausschließlich bei Neueinrichtungen auf, kaum bei bereits bestehenden.

Zu b) Karl-Dieter Opp (2009, 38) definiert Protest als kollektives Handeln von Menschen gegen eine politisch-administrative Entscheidung. Gegen Entscheidungen welcher politischen Ebene wurde in Oberösterreich protestiert? Auf Grundlage der politischen Zuständigkeit gibt es zwei Typen von Quartieren: Bundesbetreuungseinrichtungen mit Zuständigkeit des Bundesministeriums für Inneres und Landesbetreuungseinrichtungen, für die die jeweilige Landesregierung Verantwortung trägt. Im Zuge des steigenden Bedarfs an Unterkünften hat der Bund vermehrt Quartiere mit Notunterkunftscharakter betrieben. Von den 25 erhobenen Protestfällen betreffen acht

5 Schriftliche Anfrage von Günter Steinkeller an Landesrätin Gertraud Jahn betreffend Grundversorgung, verfügbar unter: http://www.fpoe-ltklub-ooe.at/uploads/media/201508_Grundversorgung.pdf, 1. 5. 2016.

Betreuungseinrichtungen des Bundes und 17 Betreuungseinrichtungen des Landes. Gegen alle neu eingerichteten Bundesbetreuungseinrichtungen, mit Ausnahme der vorübergehenden Unterbringung in einem Polizeiturnsaal in Linz, wurde protestiert. Dieses hohe Protestaufkommen hängt mit der dichten Belegung (Einrichtungen des Bundes sind überwiegend Quartiere mit über 100 Flüchtlingen) und mit der Tatsache zusammen, dass es sich meist um Notunterkünfte handelt. Auch kann die politische Zuständigkeit für Quartiere für das Entstehen von Protestaktivitäten relevant sein – bei Bundesbetreuungseinrichtungen ist der Adressat des Protests die Bundesregierung in Wien, bei Landesbetreuungseinrichtungen die räumlich näher liegende Landesregierung.

Zu c) Proteste richteten sich gegen alle Größen von Einrichtungen, allerdings ist die Ablehnung von belegungsintensiveren Einrichtungen und von Notunterkünften stärker ausgeprägt. In Oberösterreich waren zum Stichtag vier Quartiere mit über 100 Personen in Betrieb, weitere fünf waren geplant. Acht von insgesamt 25 Protestfällen betrafen Quartiere mit über 100 Personen, vier solche mit 51 bis 99 Menschen und in 14 Protestquartieren waren weniger als 50 Personen untergebracht. Die Art des Quartiers spielt ebenfalls kaum eine Rolle, da gegen alle Arten von Unterkünften protestiert wurde.⁶ Besondere mediale Aufmerksamkeit erhielten jedoch die Fälle der Zeltstädte in Linz und Thalham, die eine Debatte sowohl um die maximale Größe von Unterkünften als auch um Unterbringungsstandards auslösten.⁷

Zu d) die Frage nach der Anzahl von Flüchtlingen, die eine Gemeinde (maximal) vertrage, ist in der Unterbringungsdebatte sehr präsent. Das im August 2015 beschlossene »Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden« (bekannt als Durchgriffsrecht des Bundes) nennt eine Quote von 1,5 Prozent als Gemeinderichtwert.⁸ In Hinblick auf oberösterreichische Gemeinden und Städte ist die Gemeindequote kein auffälliger Faktor. In den Protestgemeinden reichte die Quote von 0,31 Prozent in Seewalchen, 0,38 Prozent in Gramastetten bis zu fünf Prozent in Gallspach und sieben Prozent in Thalham (Erstaufnahmezentrum). Diese Zahlen zeigen, dass, wie Lubbers et al. (2006) für die Niederlande festgestellt haben, die Größe des einzelnen Quartiers ein protestauslösender Faktor sein kann, dass der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung einer Gemeinde das Protestaufkommen aber nicht bestimmt.

6 Am häufigsten wurde gegen die Unterbringung in privaten Wohnhäusern/Wohnungen protestiert (acht Fälle), gefolgt von ehemaligen Gasthöfen und Hotels (sechs Fälle), Kasernen (drei Fälle) und Zeltstädten (zwei Fälle). In den anderen Fällen handelt es sich um die Unterbringung in einem Schloss, in einem ehemaligen SeniorInnenheim, in Containern, in einem Postgebäude und in einer ehemaligen psychiatrischen Klinik.

7 <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Asyl-Neues-Grossquartier-in-Linz-soll-Zeltlager-ersetzen;art4,1825816>, 10. 6. 2016.

8 https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2015_I_120/BGBLA_2015_I_120.pdf, 10. 6. 2016.

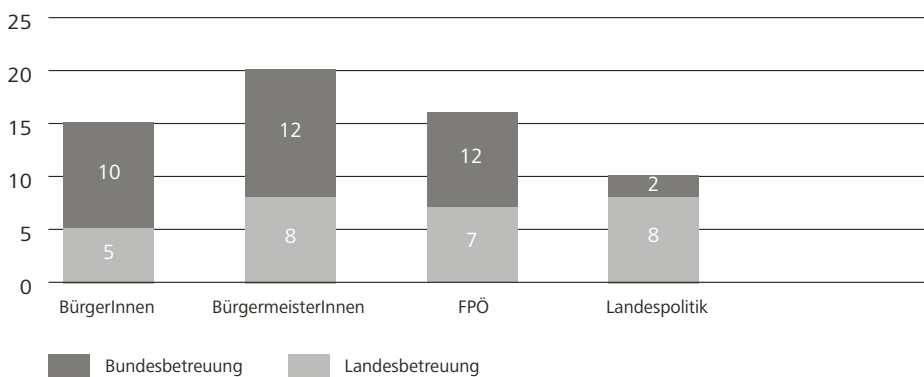
6. AkteurInnen: BürgerInnen und institutioneller Protest

Welche gesellschaftlichen Gruppen und politischen AkteurInnen nehmen an Protesten teil? Wer initiiert, also setzt die ersten Protestaktivitäten? Die Erhebung der Protestaktivitäten zeigt den Trend, dass sowohl bei der Initiierung als auch bei der Teilnahme nur ein schmales Spektrum an AkteurInnen involviert ist: RepräsentantInnen des politisch-administrativen Systems dominieren, BürgerInnen sind dabei, aber nur selten initiativ. NGOs, BewegungsaktivistInnen, Vereine, Verbände und rechtsextreme Gruppen hingegen nehmen kaum teil.

Als Mobilisierung definieren wir den Prozess, durch den politische AkteurInnen andere in Bewegung bringen bzw. die Kontrolle über Ressourcen bekommen, die für kollektive Aktionen gebraucht werden (Della Porta/Diani 2006). Die Initiierung des Protests erheben wir über eine chronologische Erfassung der Protestmittel. Das erste dokumentierte Protestmittel markiert den Beginn des Protests.

Das Hauptmerkmal der Anti-Asylquartier-Proteste ist deren institutioneller Charakter. BürgerInnen initiieren kaum, sondern politische FunktionsträgerInnen – BürgermeisterInnen und die FPÖ – setzen die ersten Protestschritte. In 20 von 25 Fällen initiierten BürgermeisterInnen den Protest. Um mit der Sprache der Bewegungsforschung zu sprechen: BürgermeisterInnen sind die AktivistInnen gegen Quartiere. Das Profil des Protests wird noch deutlicher, wenn lediglich institutionelle Proteste gegen Bundesbetreuungsstellen betrachtet werden – diese werden ausschließlich von politischen FunktionärInnen eingeleitet, BürgerInnen sind lediglich TeilnehmerInnen.

Abbildung 1: AkteurInnen



Anmerkung:

n = 25 Protestfälle. Teilnahme einzelner Akteursgruppen, differenziert nach Bundesbetreuungseinrichtungen (acht Protestfälle) und Landesbetreuungseinrichtungen (17 Protestfälle).

BürgermeisterInnen machen kaum Alleingänge. Die Gemeindepolitik tritt geschlossen auf, die Beschlüsse gegen die Einrichtung von Quartieren in (kleineren) Gemeinden werden überwiegend einstimmig getroffen. Die Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen ist kein Protest unterstützender oder Protest hemmender Faktor. Der Großteil der initiiierenden BürgermeisterInnen gehört der ÖVP an, einige gehören der SPÖ an (zwölf ÖVP, sieben SPÖ, eine/r Namensliste). BürgermeisterInnen protestieren an der Seite »ihrer« BürgerInnen gegen Entscheidungen von Bundes- oder Landesinstitutionen, die von den jeweiligen Parteien repräsentiert werden: Das für die Bundesbetreuung und die Verteilung von Flüchtlingen zuständige Bundesministerium für Inneres ist von der ÖVP geführt, die für die Quartiere zuständige Landesrätin in Oberösterreich gehört jedoch der SPÖ an. Die Spannung im föderalen System überlagert somit Parteiloyalitäten.

Die FPÖ war in 16 von insgesamt 25 Protestfällen aktiv, davon bei acht Bundesbetreuungseinrichtungen und acht Landesbetreuungseinrichtungen. In allen Fällen beteiligte sich die jeweilige Gemeindepartei, die Landespartei war bei Bundesbetreuungseinrichtungen deutlich aktiver. Hinsichtlich der Initiierung von Protestaktivitäten agierten lokale FPÖ-PolitikerInnen vergleichsweise zurückhaltend, ja nahezu passiv, da sie lediglich in drei Fällen den Protest initiierten. Die Identitäre Bewegung Österreich, eine rechtsextreme Jugendbewegung mit Ursprung in Frankreich, die vorwiegend über soziale Netzwerke mobilisiert und ihre Aktionen im Internet verbreitet (Bruns u. a. 2014), trat bei zwei Protestfällen im Bezirk Freistadt auf.

LandespolitikerInnen waren bei allen Bundesbetreuungsfällen aktiv und nur bei zwei Landesbetreuungsfällen,⁹ was die föderale Komponente der Konflikte deutlich hervorhebt. Rund um den Landtagswahlkampf, als Oberösterreich zu einer zentralen Transit-Route für Flüchtlinge wurde, sprachen sich alle Parteien für ein gemeinsames europäisches Grenzmanagement aus und forderten in Presseaussendungen Aktionen auf Bundes- und EU-Ebene wegen der von Deutschland wieder eingeführten Grenzkontrollen ein.¹⁰ Als Adressatin des Protests von GemeindepolitikerInnen spielt die Landespolitik vor allem bei der Aushandlung von Kompromissen eine wichtige Rolle. Die Hälfte der Proteste war erfolgreich, also das Quartier wurde verhindert, verkleinert oder es wurde ein anderer Standort gefunden. Dieser hohe Anteil an Kompromissen (Unterbringung wurde umgesetzt, jedoch mit weniger Personen oder an einem anderen Standort) ist auf politische Aushandlungsprozesse zwischen Gemeinde- und Landespolitik zurückzuführen.

BürgerInnen sind kaum initiativ, sie sind Teilnehmende. Die mit einem Quartier Unzufriedenen erwarten sich, dass der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin ihre Angst versteht und für sie stellvertretend handelt, also gegen die Landes- oder Bundesregierung protestiert:

9 In einem Fall intervenierte Landeshauptmann Pühringer auf Ansuchen des Gemeinderates bei Innenministerin Mikl-Leitner, im Fall Wels (Frauenklinik) mobilisierte die FPÖ sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene.

10 <https://derstandard.at/jetzt/livebericht/2000022178321/nachlese-livebericht-keine-einigung-auf-quotenplan>, 1. 6. 2016.

»Ich habe Angst«, sagt Josefine P., deren Anwesen an das Hotel grenzt. (...) »Da könnte was passieren«, meint P. und seufzt: »Ich hoffe, der Bürgermeister steht uns bei.«¹¹

BürgermeisterInnen sind aber auch »dem Zorn der Bewohner ausgesetzt«¹², was sie in manchen Fällen zum Protestieren motivieren dürfte. In einem offenen Brief schildert die Bürgermeisterin von Ottensheim:

»Wir BürgermeisterInnen müssen nun die Angst, die Sorge, den Zorn, aber gottseidank auch die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ertragen. (...) Die Wut steigt und ich als Bürgermeisterin bekomme das natürlich ab.«¹³

Eher selten nehmen die BürgermeisterInnen zu Protestbeginn eine zurückhaltende, neutrale oder gar distanzierende Position ein (in vier Fällen nahmen BürgermeisterInnen eine neutrale Position ein und in lediglich einem Fall wurde den Protesten aktiv entgegengesteuert). Im Protestverlauf ändern sie manchmal ihre Haltung. Spätestens dann aber, wenn sich abzeichnet, dass der Protest nicht erfolgreich sein werde, appellieren sie an die Bevölkerung, die Unterbringungsaufgabe doch gemeinsam bewältigen zu wollen.¹⁴ Die Präsenz der BürgermeisterInnen kanalisiert die negative Stimmung. Sie agieren im Protestverlauf gemäßiger als Teile der Bevölkerung und versuchen zu moderieren, indem sie Informationsschreiben zirkulieren oder Informationsveranstaltungen organisieren. BürgermeisterInnen haben ein Interesse am Protest, nicht zuletzt, um zu zeigen, dass sie die Interessen der Bevölkerung wahrnehmen, sie haben aber kein Interesse an Eskalation und nachhaltiger Spaltung. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen FPÖ und BürgermeisterInnen. Letztere kanalisieren die ablehnende Stimmung durch Proteste, die FPÖ erzeugt mit Protesten Stimmung gegen Asylunterkünfte und spricht dann davon, die ablehnende Stimmung der BürgerInnen auszusprechen.¹⁵

Wie unsere Befunde zeigen, weichen ProtestakteurInnen gegen Asylunterkünfte in Oberösterreich deutlich von jenen in anderen europäischen Ländern ab. Anders als in Deutschland, wo gegen Asylquartiere mit Gewalt vorgegangen wird (Lamberty/Wichmann 2015), sind sie kein rechtsextrêmes Randphänomen, auch keine der FPÖ vorbehaltene Mobilisierungsform, sondern sie speisen sich aus der politischen Mitte gewählter FunktionärInnen. Die Beobachtungen von Martina Handler und Florian Walter (2014, 51), wonach Protest meist parteipolitisch kanalisiert oder sozialpolitisch domestiziert werde, trifft auch auf den Typus Anti-Asylproteste zu. Die Untersuchung zeigt, dass Protest zum Mittel eben jener FunktionärInnen wird und diese nicht nur

11 <http://kurier.at/chronik/oesterreich/widerstand-gegen-neue-asylheime/1.056.907>, 1. 5. 2016.

12 <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/wels/Unterschriften-gegen-Asylherberge-in-Thalheim;art67,1637926>, 1. 5. 2016.

13 <http://www.ottensheim.ooe.gv.at/system/web/GetDocument.ashx?fileid=1028477>, 1. 5. 2016.

14 Siehe z. B.: http://www.senftenbach.ooe.gv.at/Gemeindeinfo-Sonderausgabe_2, 1. 5. 2016 oder <http://ulrichsberg.riskommunal.net/system/web/GetDocument.ashx?fileid=916937>, 1. 5. 2016.

15 <http://www.fpoe-ooe.at/bevoelkerung-uebergangen-asylanten-werden-im-schloss-einquartiert/>, 1. 5. 2016 sowie: <http://www.fpoe-ooe.at/jetzt-ist-schluss-asylchaos-stoppen/>, 1. 5. 2016.

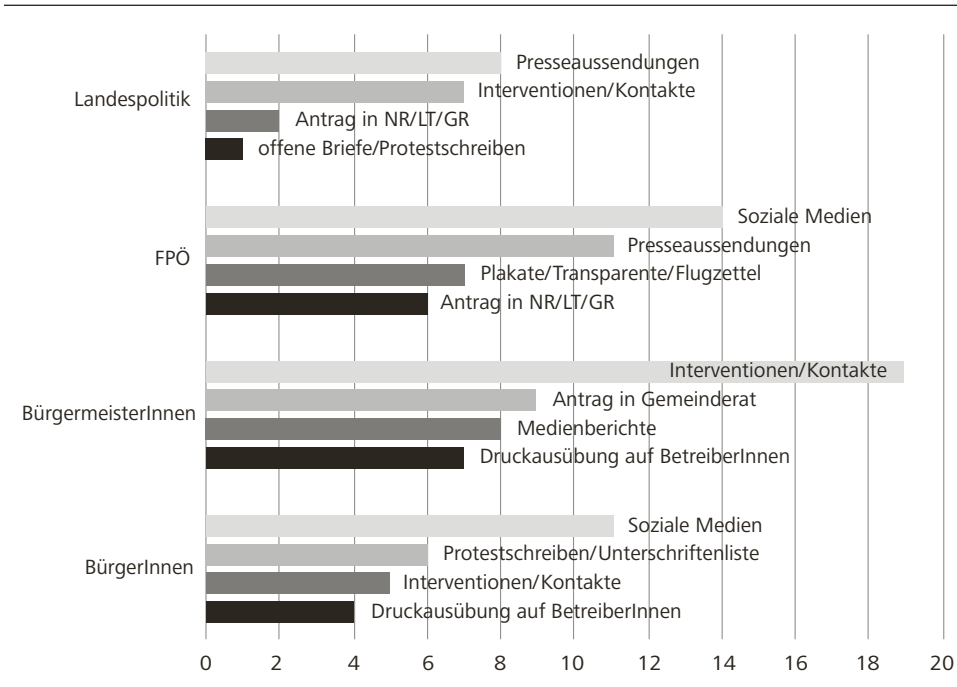
Protest von BürgerInnen, sondern auch deren Frust und Ärger in Protestaktivitäten kanalisieren und nach oben weiterleiten. Die Gemeindepolitik, allen voran die BürgermeisterInnen, spricht für die Gemeindebevölkerung und artikuliert deren Unmut gegenüber Quartieren und Flüchtlingen. Die Bevölkerung ist dadurch indirekt involviert, sie wird diskursiv repräsentiert.

7. Institutionelle und demonstrative Protestrepertoires

In der sozialen Bewegungsforschung werden verschiedene Typologien von Protestmitteln verwendet. So unterscheiden Swen Hutter und Simon Teune (2012, 15) nach Art und Intensität der eingesetzten Mittel zwischen »*appellativen*«, »*demonstrativen*«, »*konfrontativen*« und »*gewaltförmigen*« Protesten. In diesem Beitrag greifen wir diese Kategorisierung auf und differenzieren sie weiter aus.

Die Repertoires der Proteste in Oberösterreich sind limitiert und zeigen einen deutlichen Überhang institutioneller, appellativer Mittel (Unterschriftensammlungen, offene Briefe). Demonstrative Mittel (Demonstrationen, Kundgebungen) sind in der Minderzahl und konfrontative Mittel (Blockaden, unangemeldete Demonstrationen) sowie Gewaltmittel (Sachbeschädigung oder Anschläge) weitgehend abwesend. Der Einsatz hängt mit initiiierenden sowie beteiligten Gruppen zusammen und reflektiert deren Handlungsspielräume. Abbildung 2 zeigt die unterschiedlichen Repertoires der involvierten AkteurInnen.

Abbildung 2: Häufigste Protestmittel nach Akteursgruppen



Anmerkung:

n = 25 Protestfälle. Dargestellt sind die vier häufigsten Protestmittel jeder Akteursgruppe. Insgesamt wurden 150 Protestmittel codiert. Erhoben wurden Protestmittel der sozialen Bewegungen (Demonstrationen, offene Briefe, Flugzettel, Unterschriftenlisten), Protestmittel der repräsentativen Politik (Anträge in Nationalrat/Landtag/ Gemeinderäten), illegale (Blockaden), gewaltvolle und juristische Protestmittel (Anzeigen gegen BetreiberInnen, Verweigerung der Flächenumwidmung) sowie Interventionen und Druckausübung auf beteiligte Personen (BetreiberInnen oder EntscheidungsträgerInnen).

BürgermeisterInnen bespielen primär institutionelle, der Gemeindeverwaltung zur Verfügung stehende Mittel: Sie berufen Gemeinderatssitzungen ein, führen eine hohe Anzahl einstimmiger Gemeinderatsbeschlüsse herbei und stellen Anfragen an die übergeordnete politische Ebene. Sie unterstützen aber auch offene Briefe und organisieren Informationsversammlungen für AnrainerInnen, auf denen es oftmals zu Protestbekundungen kommt. Auffallend sind persönliche Anfeindungen gegenüber BetreiberInnen sowie die zahlreichen Interventionen bei Landes- und Bundesstellen. Hier ein Beispiel für die Interventionspraxis:

»Am 28. 10. 2014 vormittags war der Bürgermeister mit zwei Bewohnern der Aschasedlung bei Landeshauptmann Dr. Pühringer. Dort wurde uA ausdrücklich der Wunsch nach der Unterbringung von kleineren Gruppen deponiert.«¹⁶

BürgerInnen nutzen vor allem die sozialen Medien, aber auch traditionelle Mittel wie Unterschriftenlisten und direkte Intervention bei dem/ der BürgermeisterIn. Die Mittel zeigen eine geringe Nutzungshäufigkeit. Dieser Befund widerspricht vielen Medienberichten über Proteste in Gemeinden, in denen immer wieder von »heftigem Widerstand der Bevölkerung« gegen Asyleinrichtungen die Rede ist.¹⁷ Die Erhebung der Protestmittel unterstreicht vielmehr eine geringe Involvierung der BürgerInnen. Sie beschwerten sich zwar, bekundeten ihre Ablehnung und forderten BürgermeisterInnen zum Handeln auf, halten sich aber im Hintergrund.

Die FPÖ konzentriert sich auf öffentlichkeits- und medial wirksame Aktivitäten wie Presseaussendungen, Postwurfsendungen, Meldungen in den sozialen Medien und tritt bei Informationsveranstaltungen auf. Im Namen der Bevölkerung sprechend, greift sie kaum auf klassische Protestmittel zurück, sondern stellt parlamentarische Anfragen, Anträge im Landtag und macht Parteiarbeit – wie folgende Meldung illustriert:

»Die FPÖ fordert im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylwerbern die Einberufung einer Fraktionsobleutesitzung: »Wels ist überbelastet, die Unterbringung weiterer Asylwerber ist der Bevölkerung nicht zumutbar.«¹⁸

Der Protest ist auf Straßen und Plätzen wenig sichtbar. Die Artikulation der Ablehnung erfolgt vielmehr über Medien und in den Gemeinderatsstuben, vereinzelt auch bei Informationsveranstaltungen und Bürgerversammlungen. Die Orte und Mittel der Proteste unterscheiden sich wesentlich von jenen der emanzipativen sozialen Bewegungen, bei denen Kundgebungen, Aktionismus und Demonstrationen ein wichtiges Mittel darstellen. Demonstrative und konfrontative Protestrepertoires der sozialen Bewegungen fehlen weitgehend, Mittel der institutionellen Politik stehen hingegen im Vordergrund.

Physische Gewaltmittel, Anschläge gegen Quartiere und Attacken gegen Personen kommen in Medienberichten über Proteste in Oberösterreich im untersuchten Zeitraum nicht vor.¹⁹ In den zwei Fällen, wo die Identitäre Bewegung aktiv wurde, mobilisierte sie mit Plakaten, Transparenten und Aufklebern gegen die Quartiere. Anders als

16 Verhandlungsschrift über die Sitzung des Gemeinderates am Mittwoch, 29. Oktober 2014, verfügbar unter: <http://www.grossraming.at/system/web/sitzungsprotokoll.aspx?typid=2014&menu-onr=220431487>, 30. 4. 2016.

17 Siehe z. B. <http://www.meinbezirk.at/kirchdorf/chronik/keine-fluechtlinge-in-kirchdorf-d1282942.html>, 1. 5. 2016, <http://kurier.at/chronik/oberoesterreich/soziallandesraetin-gertraud-jahn-spoedruck-auf-das-land-ist-enorm/108.142.894>, 1. 5. 2016 und <http://www.profil.at/oesterreich/hass-hilfsbereitschaft-fluechtlinge-land-5736824>, 1. 5. 2016.

18 <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/wels/Asylheim-Stadtpolitik-sauer-ueber-Alleingang-der-Ministerin;art67,1901962>, 1. 5. 2016.

19 Am 31. Mai 2016, nach dem Untersuchungszeitraum, wurde in der Gemeinde Altenfelden (Bezirk Rohrbach) ein noch unbewohntes Asylquartier durch Brandstiftung gänzlich zerstört.

in anderen Bundesländern ist es in Oberösterreich zu keinen Protestaktionen direkt vor Quartieren oder direkt gegen AsylwerberInnen gekommen. Der Protest richtete sich gegen Objekte und Immobilien, er fand jedoch nicht in unmittelbarer Nähe von Quartieren oder unmittelbar vor Flüchtlingen statt.²⁰ Sobald die Quartiere bezogen wurden, endeten die Proteste. Die physische Präsenz von AsylwerberInnen beendete somit den Widerstand.

Die weitgehende Absenz von Rechtsextremen und gewaltvollen Mitteln (Caiani et al. 2012) stellt einen deutlichen Unterschied zu Deutschland dar. Wie ist diese Absenz von physischer Gewalt zu verstehen? In der Literatur wird dies mit der Existenz rechts-populistischer Parteien erklärt. Diese würden die Frustrationen von möglichen GewalttäterInnen kanalisieren und so das Potenzial rechtsextremer Gewalt limitieren (Koopmans 1996, Mudde 2012, 22). Auf der Basis unserer Daten haben wir in der Untersuchung keine direkten Hinweise auf eine kalmierende Rolle der FPÖ gefunden, können also diese Frage nicht beantworten.

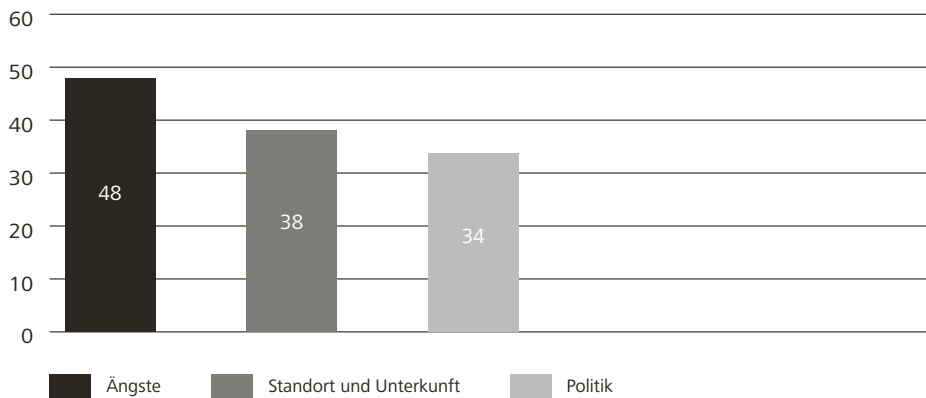
8. Standort-, Politik- und Angstargumente

Argumente gegen die Einrichtung eines Quartiers können induktiv in drei Cluster gruppiert werden: standort- und quartiersbezogene, politikbezogene und angstbezogene Argumente. Diese argumentativen Topoi (Wodak 2015, 51) werden zur Deutung, Mobilisierung und Rechtfertigung der Protestaktivitäten herangezogen.

Abbildung 3 zeigt, dass das empirische Aufkommen dieser Topoi eng mit den involvierten AkteurInnen zusammenhängt, d. h. bestimmte Gruppen nutzen bestimmte Argumente. Die meisten fallen in den Cluster Angst um Identität, Sicherheit und Ressourcen. Forcieren BürgermeisterInnen die politikbezogenen Argumente, so betonen BürgerInnen und FPÖ die Angst und formulieren fremdenfeindliche, ethnisch und kulturell negativ aufgeladene Forderungen.

20 Österreichweit gab es Protestaktivitäten vor Asylquartieren ebenso wie Anschläge auf Quartiere und Bedrohungen von AsylwerberInnen, wie z. B. die FPÖ-Demonstration in Wien-Erdberg, die Identitäre Bewegung in Niederösterreich, die bei über der Hälfte der Heime Transparente aufstellte; weiters erfolgten Anschläge auf Asylunterkünfte in Alberschwende/ Vorarlberg, in Vogau/ Steiermark und in Fieberbrunn/ Tirol. Siehe dazu: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_06278/imfname_483866, 20. 5. 2016.

Abbildung 3: Argumente



Anmerkung:

Es wurden insgesamt 114 Argumente bei den 25 Protestfällen erhoben. Die einzelnen Topoi-Cluster setzen sich aus folgenden Äußerungen zusammen:

- Ängste (Angst um Identität, Sicherheit und Ressourcen): Zu viele Personen für die Gemeinde; bestimmte Flüchtlingsgruppen; Männer/sexuelle Belästigung; Bevorzugung gegenüber ÖsterreicherInnen; steigende Kriminalität; Gefährdung des sozialen Friedens.
- Standort und Unterkunft: Standort ist ungeeignet; Quartier ist ungeeignet; mangelnde Infrastruktur der Gemeinde.
- Politik: Drüberfahren über die Gemeinde; mangelhafte Informationspolitik; Kritik an Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Maja Henke und Edward Lloyd (2015, 291) schreiben über Proteste in Deutschland, dass ProtestakteurInnen ein »Gefühl einer nicht funktionierenden Kommunikation zur politischen Elite« teilten. Diese Beobachtung trifft auf die BürgermeisterInnen als zentrale AkteurInnen auch in Oberösterreich zu. Sie bringen politikbezogene Argumente vor, wie fehlende Transparenz, Informations- und Kommunikationsdefizite zwischen Gemeinde-, Landes- und Bundesstellen. Die übergelagerte Politik fahre über ihre Interessen hinweg, binde sie nicht ein, mache Alleingänge, ignoriere sie. Dazu der ehemalige Bürgermeister von Wels (SPÖ):

»Wir sind uns unserer humanitären Verantwortung bewusst. Doch so geht man nicht mit Städten und Gemeinden um. Dafür habe ich kein Verständnis.«²¹

Die argumentativen Topoi der FPÖ umfassen die Anzahl der Flüchtlinge (»zu viele«), junge Männer, steigende Kriminalität, kulturelle und nationale Gefährdung durch Flüchtlinge. Die FPÖ thematisiert zudem bei Protesten gegen Bundeseinrichtungen häufig die österreichische Asyl- und Grenzpolitik, ein bundespolitisches Thema, über das Stimmung gegen einzelne Quartiere gemacht wird. Bei der Umwandlung von Gasthöfen, Pensionen oder Privathäusern zu einem Asylquartier des Landes wird

21 <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/wels/Asylheim-Stadtpolitik-sauer-ueber-Alleingang-der-Ministerin;art67,1901962>, 13. 5. 2016.

vorwiegend standortbezogene Kritik geäußert.²² Auf Gemeindeebene werden diese quartiersbezogenen Argumente mit identitätspolitischen Überlegungen verknüpft:

»Wir würden jedem anderen Standort zustimmen, aber mitten im Ort, in einem Haus, in dem sich seit 1920 die Sparkasse befindet und in dem noch eine 90 Jahre alte Frau wohnt, ist das völlig inakzeptabel.«²³

BürgerInnen sind die Protestgruppe, die am deutlichsten die Ablehnung von Asylsuchenden – nicht nur die Ablehnung von Quartieren – ausdrückt. Zentral ist das Thema der Angst – Angst vor den »Anderen«, Angst vor steigender Kriminalität, Angst vor sozialer Veränderung. Als unmittelbar schutzbedürftig gilt die örtliche Bevölkerung, die Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingen wird hingegen selten angesprochen. In Kampagnen ist kaum von »Flüchtlingen« oder »Schutzsuchenden« die Rede, es dominiert sowohl bei den BürgerInnen als auch bei der institutionellen Politik die negativ konnotierte Bezeichnung »Asylant«.

BürgerInnen artikulieren aber auch verteilungsbezogene Stimmungen, wie folgende Aussage zum Ausdruck bringt:

»Für den Ort ist das eine mittlere Katastrophe. Einer der Asylanten trug ein Handy und einen Laptop. Das zahlen alles wir.«²⁴

Auffallend ist, dass Argumente sowohl von der lokalen als auch von der nationalen Politikebene in den Deutungsrahmen der BürgerInnen durchsickern. Das »Drüberfahren«-Argument kommt von PolitikerInnen und wird von BürgerInnen aufgenommen und geteilt. Dazu ein Zeitungsbericht über Thalham, wo weitere Notunterkünfte errichtet werden hätten sollen:

»Innerhalb der Bevölkerung sind Wut und Resignation scheinbar gleichermaßen groß: »Es ist eine Frechheit, wie mit uns umgegangen wird. Da wird beinhart drübergefahren – und wir sind machtlos. Die machen in Wien doch, was sie wollen. Bald wirst du in St. Georgen keine Einheimischen mehr sehen.«²⁵

Unzufriedenheit, in der sozialen Bewegungsforschung ein wesentliches Moment für die Auslösung von Protesten, hat in diesen Fällen eine föderale Konnotation: Es ist die Unzufriedenheit mit der übergeordneten politischen Ebene, die Kommunalpolitik und/ oder FPÖ ansprechen und deren Argumente die Bevölkerung übernimmt. Die FPÖ organisiert nur selten selbst Aktivitäten, sie beteiligt sich an lokalen Aktivitäten und prägt den Diskurs der BürgerInnen, die bei Protestveranstaltungen und öffentlichen Stellungnahmen oftmals FPÖ-Positionen artikulieren. Zentrale Motive der Argumentation von Landes- und Bundes-FPÖ, die sich in Presseaussendungen oftmals

22 <http://www.fpoe-ooe.at/asyl-chaos-fpoe-sagt-nein-zu-zelt-und-containerstaedten/>, 20. 5. 2016.

23 <http://www.meinbezirk.at/schaerding/chronik/asylheim-in-raab-wirbel-um-standort-d1301496.html>, 20. 5. 2016.

24 <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Wir-wollen-nicht-noch-mehr-Fluechtlinge-im-Ort;art4,1459729>, 19. 5. 2016.

25 <http://derstandard.at/2000016274060/Buergerprotest-gegen-ZeltstadtEs-reicht>, 20. 5. 2016.

allgemein, ohne konkreten Fallbezug, gegen die Aufnahme von Asylsuchenden auszusprechen, werden von BürgerInnen vor Ort aufgenommen und auf den spezifischen Fall umgelegt.²⁶

9. Zusammenfassende Charakterisierung

Dieser Beitrag hat sich zum Ziel gesetzt, mit Erkenntnismethoden der sozialen Bewegungsforschung Anti-Asylquartier-Proteste zu identifizieren und zu charakterisieren. Drei Charakteristika können abschließend benannt werden:

a) Anti-Asylquartier-Proteste sind *lokale* Proteste (Kriesi 1995, Rucht 2002): Die Mobilisierung ist überwiegend lokal und der Gegenstand des Unmuts ist eine lokale Immobilie. Abgesehen von der FPÖ vernetzen sich ProtestteilnehmerInnen kaum über Gemeindegrenzen hinweg. Dies obwohl die Proteste von Gemeinde zu Gemeinde wandern. Der kleinräumige, lokale und singuläre Charakter erlaubt es, bei diesen Protesten nicht von sozialer Protest*bewegung* zu sprechen. Die Proteste kreisen (noch) um eine einzige politische Forderung.

b) Anti-Asylquartier-Proteste sind *institutionelle* Proteste: Es dominieren institutionelle AkteurInnen und repräsentativ-demokratische Mittel, wodurch Parteitaktivität und Protestaktivität ineinander übergehen, einen fluiden Charakter aufweisen. Swen Hutter (2014, 339) thematisiert die Beziehung von sozialen Bewegungen und institutioneller Politik: Die Subjekte der Protestbewegung – BürgerInnen, Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – versuchen auf die Objekte der Bewegung – politische EntscheidungsträgerInnen – Einfluss auszuüben. Die untersuchten AkteurInnen der Anti-Asylquartier-Proteste weichen von diesem Beziehungsschema deutlich ab. Die institutionelle Politik ist auf beiden Seiten des Beziehungsgefüges präsent – sie ist nicht nur Adressatin von Forderungen, sondern auch Sprecherin. Das Subjekt institutionelle Politik (Lokalpolitik) wirkt auf das Objekt institutionelle Politik (Landes- und Bundespolitik) mit dem Ziel ein, Entscheidungen zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Die Differenzierung zwischen institutioneller Politik, an die Forderungen gerichtet werden, und politischem Protest, der Forderungen stellt, ist nicht gegeben.

Die Involvierung von institutionellen AkteurInnen trägt dazu bei, den Protest gegen Quartiere und Asylsuchende zu kanalisieren und zu zähmen, sie trägt aber auch dazu bei, ihn zu normalisieren und in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Der Protest der Autoritäten etabliert eine Norm der Ablehnung (Lubbers et al. 2006) Was meist bleibt, ist eine negative Stimmung gegen Flüchtlinge.

26 Der Landesparteivorsitzende der FPÖ forderte die Kündigung der 15a-Vereinbarung (<http://www.fpoe-ooe.at/haimbuchner-fordert-kuendigung-der-15a-vereinbarung/>, 25. 5. 2016), der FPÖ-Generalsekretär eine Änderung der Menschenrechtskonvention (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150823_OTS0023/asyl-kickl-fpoe-fordert-aenderung-der-menschenrechtskonvention-statt-oevp-scheinloesungen, 25. 5. 2016) und im ORF-Sommergespräch (17. 8. 2015) stellte der FPÖ-Bundesparteivorsitzende ein Volksbegehren »Österreich Zuerst, Teil 2« in Aussicht (<http://orf.at/stories/2294184/>, 25. 5. 2016).

c) Einige der Anti-Asylquartier-Proteste tragen hinsichtlich des Mobilisierungsstils und der Rhetorik rechtspopulistische Züge. Charakteristika des rechten Populismus sind sowohl bei Politikgehalten als auch bei der Art der Mobilisierung zu beobachten (Caiani et al. 2012). Der rechte Populismus plädiert für mehr direkte Beteiligung und weniger repräsentativ-demokratische Entscheidungen. Populistische Parteien fordern den Ausbau direktdemokratischer Instrumente (wie Befragungen und Referenden), sie nutzen aber auch die Mittel des Protests, um die Meinung von BürgerInnen gegen Regierungsentscheidungen zu artikulieren. Rechtspopulistischer Protest ist ein Mobilisierungsstil, der sich auf BürgerInnen bezieht und dem »Volk« eine unmittelbare, demokratische Stimme gegen Missstände verleiht. Dabei werden etablierte politische Eliten kritisiert. »Wir«, das sind die Bevölkerung und rechtspopulistische Parteien, die im Namen der Bevölkerung sprechen, um sich gegen »Die-da-Oben« zu wehren. Ruth Wodak (2015) identifiziert eine doppelte diskursive Abgrenzung rechtspopulistischer Kräfte: Gegen Eliten sowie gegen Menschen, meist MigrantInnen, die als »Andere« stereotypisiert werden.

Bei den untersuchten Anti-Asylquartier-Protessen wird institutionelle Politik mit »wütenden« oder »verängstigten« BürgerInnen vernetzt und es werden sowohl eine Rhetorik des »Wir-gegen-die-da-Oben« als auch des »Wir-gegen-die-Anderen« genutzt. Die argumentativen Topoi oszillieren zwischen Demokratie- und Mitbeteiligungsverletzung einerseits und kultureller und sozialer Gefährdung durch Flüchtlinge andererseits (Heinisch 2012, Mudde 2012, Wodak 2015).

Die Adressatin der überwiegend von BürgermeisterInnen initiierten Proteste ist die übergeordnete politische Ebene. PolitikerInnen mobilisieren mit Mitteln der repräsentativen Politik (Gemeinderatsbeschlüsse, Resolutionen, Medienarbeit, Anfragen, Interventionen) und protestieren gegen Entscheidungen des Landes bzw. des Bundes. Lokale Eliten spielen die parlamentarische Klaviatur ebenso wie die Beteiligungskarte (Bürgerversammlungen, Petitionen, Ankündigung von Volksbefragungen). Manche BürgermeisterInnen holen sich zur Unterstützung BürgerInnen an ihre Seite oder argumentieren in ihrem Namen, andere werden von BürgerInnen unter Druck gesetzt, sozusagen mobilisiert, um zu protestieren. Das »Drüberfahren«, d. h. fehlende Informationen und Mitentscheidungsmöglichkeiten der Gemeinde, wird zum Hauptargument der politischen FunktionärInnen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass diese Proteste nur bedingt Ausdruck einer wachsenden Protestkultur sind, bei der sich BürgerInnen Gehör verschaffen und Eliten unter Druck setzen. Sie sind vielmehr Ausdruck dafür, dass Teile der österreichischen Lokalpolitik in der Flüchtlingspolitik populistisch agieren, d. h. das Mittel des außerinstitutionellen Protests nutzen und eine dichotomisierende Rhetorik verwenden (Heinisch 2012, 362). In einigen Gemeinden ist in der Flüchtlingspolitik, neben den üblich praktizierten Interventionen bei Landes- und Bundesstellen, das lautstarke Protestieren gegen übergeordnete politische Ebenen zu einem Instrument der Kommunalpolitik geworden.

10. Ausblick

Anti-Asylquartier-Proteste reflektieren neue Spannungen im föderalen Kompetenzsystem zwischen Gemeinden, Ländern und Bund (Fallend 2006). Anders als angenommen spielt die FPÖ bei der Mobilisierung keine tragende Rolle, die lokale Politik ist hingegen eine zentrale Akteurin dieser Art von Protesten. Sie sind teilweise mit hierarchischen, zentralistischen Entscheidungszuständigkeiten zu erklären, die in der politischen Praxis Raum für Schlagabtausch zwischen den Ebenen eröffnen. Fehlende Mitsprache und mangelnde Einbindung der Gemeinden führen dazu, dass sich diese von übergeordneten Stellen übergangen fühlen und Widerstand vor Ort initiieren bzw. Widerstand in Protest kanalisieren. Die spezifische Ausgestaltung des föderalen Systems erlaubt es BürgermeisterInnen, gegen Landes- und Bundespolitik zu mobilisieren, gleichzeitig macht sie Protest notwendig, um für bestimmte Segmente der Bevölkerung Partei ergreifen zu können.

Auf der Grundlage der in diesem Beitrag erhobenen und interpretierten Daten bleibt die Frage nach dem Einfluss von Verhinderungsprotesten auf Gegenbewegungen sowie nach dem Einfluss von Gegenbewegungen auf Verhinderungsproteste offen. Denn die Flüchtlingszuwanderung evozierte nicht nur Anti-Asylquartier-Proteste, sondern die Zivilgesellschaft bildete auch Initiativen, die sich für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen engagieren. In immerhin zehn Protestfällen existierten gleichzeitig auch Unterstützungsinitiativen. Getragen von Einzelpersonen, Kirchen oder Betreuungsorganisationen waren in diesen Initiativen die BürgermeisterInnen und die Gemeindepolitik nur selten vertreten. In welcher Beziehung die Anti-Asylquartier-Proteste, die Unterstützungsinitiativen und die lokale Politik zueinander stehen, inwieweit sie aufeinander Bezug nehmen, inwiefern AkteurInnen differieren, bleiben Fragestellungen für weitere an politischen Protesten, an Unterstützungsinitiativen und an Populismus interessierte Forschungen.

Literatur

- AIDA (Asylum Information Database) (2015) *Country Report: Austria (2015)*, verfügbar unter: http://www.asylumineurope.org/sites/default/files/report-download/aida_at_update_iv_.pdf, 31. 5. 2016.
- Bruns, Julian u. a. (2014) *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*. Wien.
- Bundesministerium für Inneres (BMI) (2015) *Asylstatistik 2014*, verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asyl_Jahresstatistik_2014.pdf, 31. 5. 2016.
- Bundesministerium für Inneres (BMI) (2016) *Asylstatistik 2015*, verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asyl_Jahresstatistik_2015.pdf, 31. 5. 2016.
- Caiani, Manuela et al. (2012) *Mobilizing on the Extreme Right. Germany, Italy, and the United States*. Oxford.
- Della Porta, Donatella (2014) *Methodological Practices in Social Movements Research*. Oxford.
- Della Porta, Donatella/ Diani, Mario (2006) *Social Movements. An Introduction*. Oxford.

- Dolezal, Martin/ Hutter, Swen (2007) *Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975–2005*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 3, 337–352.
- Falland, Franz (2006) *Bund-Länder-Beziehungen*. In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) *Politik in Österreich*. Das Handbuch. Wien, 1024–1040.
- Fenninger, Erich (2015) *Voices for Refugees. Für ein menschliches Europa*. Salzburg.
- Götzlmann, Andrea (2010) *Wer macht Asylpolitik? AkteurInnen und ihre Strategien in der österreichischen Asylgesetzgebung*. Wien.
- Grillo, Ralph (2005) »Saltean Can't Cope«: *Protests Against Asylum-Seekers in an English Seaside Suburb*. In: *Ethnic and Racial Studies*, Nr. 2, 235–260.
- Gruber, Oliver (2011) *Zwischen Ideologie und Strategie. Migration und Integration im Wandel elektoraler Politisierung*. In: Dahlvik, Julia u. a. (HgInnen) *Migration und Integration – Wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich*. Jahrbuch 1/ 2011. Wien, 131–146.
- Handler, Martina/ Walter, Florian (2014) *Demokratie in der »Knirschzone« – Beteiligungskultur in Österreich*. In: *Stiftung Mitarbeit* (Hg.) *Teilhabe und Mitgestalten. Beteiligungskulturen in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Bonn, 31–57.
- Heinisch, Reinhard (2012) *Demokratiekritik und (Rechts-) Populismus. Modellfall Österreich?* In: Helms, Ludger/ Wineroither, David M. (Hg.) *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. Baden-Baden, 361–382.
- Henke, Maja/ Lloyd, Edward (2015) *Protest und Populismus – Eine schwierige Abgrenzung in Zeiten von AfD und Pegida. Ein Bericht über die Tagung »Protestkultur – Populismus?« 2014 in der Akademie für politische Bildung Tutzing*. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Nr. 8, 287–291.
- Hubbard, Phil (2005a) *Accommodating Otherness: Anti-Asylum Centre Protest and the Maintenance of White Privilege*. In: *Transactions*, Nr. 1, 52–65.
- Hubbard, Phil (2005b) »Inappropriate and Incongruous«. *Opposition to Asylum Centres in the English Countryside*. In: *Journal of Rural Studies*, Nr. 1, 3–17.
- Hutter, Swen (2014) *Protest Event Analysis and its Offspring*. In: Della Porta, Donatella (ed.) *Methodological Practices in Social Movements Research*. Oxford, 335–367.
- Hutter, Swen/ Teune, Simon (2012) *Politik auf der Straße. Deutschlands Protestprofil im Wandel*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 25–26, 9–17.
- Jakob, Christian (2016) *Die Bleibenden. Flüchtlinge verändern Deutschland*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 14, 9–14.
- Knapp, Anny (2015) *AIDA Country Report Austria*, verfügbar unter: <http://www.asylumineurope.org/reports/country/austria>, 25. 5. 2016.
- Koopmans, Ruud (1996) *Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe. Grievances or Opportunities?* In: *European Journal of Political Research*, Nr. 2, 185–216.
- Kriesi, Hanspeter (1995) *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*. London.
- Lamberty, Pia/ Wichmann, Fabian (2015) *Nein zum Heim? Flucht und Asyl als Thema der extremen Rechten im Landkreis Dahme-Spreewald*. In: *Journal EXIT Deutschland*, Nr. 1, 127–149.
- Langthaler, Herbert/ Trauner, Helene (2009) *Zivilgesellschaftliche und politische Partizipation von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in Österreich*. Fallstudie im Rahmen des »node-/-Projekts »Politische Partizipation und Repräsentanz von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in der EU«, verfügbar unter: http://www.asyl.at/projekte/node/casestudy_oesterreich.pdf, 5. 5. 2016.
- Limberger, Petra (2010) *Der Zugang mittelloser AsylwerberInnen zur Grundversorgung. Rechtsgrundlagen in Österreich*. In: Rosenberger, Sieglinde (Hgin) *Asylpolitik in Österreich*. Unterbringung im Fokus. Wien, 41–61.
- Lubbers, Marcel et al. (2006) *Objections to Asylum Seeker Centres: Individual and Contextual Determinants of Resistance to Small and Large Centres in the Netherlands*. In: *European Sociological Review*, Nr. 3, 243–257.
- McAdam, Doug et al. (1996) *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge.
- Mudde, Cas (2012) *The Relationship between Immigration and Nativism in Europe and North America*. Washington D.C., verfügbar unter: <http://www.migrationpolicy.org/research/TCM-relationship-between-immigration-nativism>, 21. 5. 2016.

- Opp, Karl-Dieter (2009) *Theories of Political Protest and Social Movements: A Multidisciplinary Introduction, Critique and Synthesis*. London.
- Pehm, Raimund (2010) *Standortkonflikte: Zur (Ent-) Politisierung der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften*. In: Rosenberger, Sieglinde (Hgin) *Asylpolitik in Österreich*. Unterbringung im Fokus. Wien, 18–40.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter (2010) *Bürger und Politik in Österreich*. In: Gabriel, Oscar/ Plasser, Fritz (Hg.) *Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa*. Baden-Baden, 147–216.
- Rosenberger, Sieglinde/ Seeber, Gilg (2011) *Kritische Einstellungen. BürgerInnen zu Demokratie, Politik, Migration*. In: Polak, Regina (Hgin) *Zukunft. Werte. Europa. Die Europäische Wertestudie 1990–2000. Österreich im Vergleich*. Wien, 165–189.
- Rosenberger, Sieglinde/ Winkler, Jakob (2014) *Com/passionate Protests: Fighting the Deportation of Asylum Seekers*. In: *Mobilization: An International Quarterly*, Nr. 2, 165–184.
- Rucht, Dieter (2002) *Anstöße für den Wandel – Soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert*. Vortrag im Rahmen der Gründungsversammlung für »Die Bewegungsstiftung – Anstöße für soziale Bewegungen«, 2. März 2002, Berlin.
- Rucht, Dieter u. a. (2015) *Protestforschung am Limit. Eine Soziologische Annäherung an Pegida*, verfügbar unter: https://www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf, 10. 5. 2016.
- SORA (Institute for Social Research and Consulting)/ ISA (Institut für Strategieanalysen) (2015) *Wahlanalyse Landtagswahl Oberösterreich 2015 im Auftrag des ORF*, verfügbar unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2015_LTW-OOe_Wahlanalyse.pdf, 20. 5. 2016.
- Tarrow, Sidney (2014) *The Language of Contention. Revolutions in Words, 1688–2012*. Cambridge.
- Tarrow, Sidney/ Tilly, Charles (2007) *Contentious Politics*. Boulder.
- Wimmer, Andreas W. (2010) *Raumplanungskompetenzen in Angelegenheiten der Grundversorgung von Asylwerbern*. In: *Baurechtliche Blätter*, Nr. 13, 50–62.
- Wodak, Ruth (2015) *The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean*. London.
- Internetadressen**
- <http://derstandard.at/200016274060/Buergerprotest-gegen-ZeltstadtEs-reicht>, 20. 5. 2016.
- <http://kurier.at/chronik/oberoesterreich/sozialandesraetin-gertraud-jahn-spoe-druck-auf-dasland-ist-enorm/108.142.894/>, 1. 5. 2016.
- <http://kurier.at/chronik/oesterreich/Widerstand-gegen-neue-asylheime/1.056.907/>, 1. 5. 2016.
- <http://orf.at/stories/2284695/2284699/>, 20. 5. 2016.
- <http://orf.at/stories/2294184/>, 25. 5. 2016.
- <http://ulrichsberg.riskommunal.net/system/web/GetDocument.ashx?fileid=916937>, 1. 5. 2016.
- <http://www.fpoe-ooe.at/asyl-Chaos-fpoe-sagt-nein-zu-zelt-und-containerstaedten>, 20. 5. 2016.
- <http://www.fpoe-ooe.at/bevoelkerung-uebergangen-asylanten-werden-im-schloss-einquartiert/>, 1. 5. 2016.
- <http://www.fpoe-ooe.at/haimbuchner-fordert-kuendigung-der-15a-vereinbarung/>, 25. 5. 2016.
- <http://www.fpoe-ooe.at/jetzt-ist-schluss-asyl-chaos-stoppen/>, 1. 5. 2016.
- <http://www.meinbezirk.at/kirchdorf/chronik/keine-fluechtlinge-in-kirchdorf-d1282942.html>, 1. 5. 2016.
- <http://www.meinbezirk.at/schaerding/chronik/asylheim-in-raab-wirbel-um-standort-d1301496.html>, 20. 5. 2016.
- <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Asyl-Neues-Grossquartier-in-Linz-soll-Zeltlagerersetzen;art4,1825816>, 10. 6. 2016.
- <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/wels/Asylheim-Stadtpolitik-sauer-ueber-Alleingang-der-Ministerin;art67,1901962>, 1. 5. 2016.
- <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/wels/Unterschriften-gegen-Asylherberge-in-Thalheim;art67,1637926>, 1. 5. 2016 und 13. 5. 2016.
- <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Wirwollen-nicht-noch-mehr-Fluechtlinge-im-ORT;art4,1459729>, 19. 5. 2016.
- http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150823_OTS0023/asyl-kickl-fpoe-fordert-aenderung-der-menschenrechtskonvention-statt-oevp-scheinloesungen, 25. 5. 2016.
- <http://www.ottensheim.ooe.gv.at/system/web/GetDocument.ashx?fileid=1028477>, 1. 5. 2016.
- http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_06278/imfname_483866, 20. 5. 2016.

<http://www.profil.at/oesterreich/hass-hilfsbereitschaft-fluechtlinge-land-5736824> , 1. 5. 2016.

http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2015_I_120.pdf/BGBLA_2015_I_120.pdf , 10. 6. 2016.

http://www.senftenbach.ooe.gv.at/Gemeindeinfo-Sonderausgabe_2 , 1. 5. 2016.

<https://derstandard.at/jetzt/livebericht/2000022178321/nachlese-livebericht-keine-einigung-auf-quotenplan> , 1. 6. 2016.

Schriftliche Anfrage von Günter Steinkeller an Landesrätin Gertraud Jahn betreffend Grundversorgung, verfügbar unter: http://www.fpoe-ltkclub-ooe.at/uploads/media/201508_Grundversorgung.pdf , 1. 5. 2016.

Verhandlungsschrift über die Sitzung des Gemeinderates am Mittwoch, 29. Oktober 2014, verfügbar unter: <http://www.grossraming.at/system/web/sitzungsprotokoll.aspx?typid=2014&menuonr=220431487> , 30. 4. 2016.

Kontakt:

sieglinde.rosenberger@univie.ac.at

miriam.haselbacher@univie.ac.at

Anhang

Tabelle 1: Liste der Protestfälle/ Quartiere in Oberösterreich

(1. Jänner 2014 bis 31. Juli 2015)

Quartier	Gemeinde	Gemeinde- größe (EW)	Quote (Prozent)	Unter- gebrachte Personen	Zuständig- keit	Bürger- meisterIn (Partei)
Schloss	Aurolz- münster	2.871	1,74	50	Land	Schneiderbauer (SPÖ)
Privates Wohnhaus	Aurolz- münster (Forchtenau)	2.871	1,22	35	Land	Schneiderbauer (SPÖ)
SeniorInnenheim	Bad Hall	4.855	0,82	40	Land	Ruf (ÖVP)
Kaserne	Freistadt	7.495	2,55	100	Land	Jachs (ÖVP)
Hotel	Gallspach	2.749	4,98	95	Bund	Straßl (SPÖ)
Gasthof	Gampern	2.812	1,78	50	Land	Stockinger (ÖVP)
Gasthof	Gram- stetten	4.965	0,38	19	Land	Fazeti (ÖVP)
Gasthof	Großraming	2.724	1,84	50	Land	Bürscher (ÖVP)
Kaserne	Hörsching	5.866	1,70	100	Bund	Kastler (ÖVP)
Private Wohnungen	Kirchdorf an der Krems	4.205	0,71	30	Land	Veitz (SPÖ)
Postgebäude	Linz (Derfflin- gerstraße)	197.427	0,54	200	Bund	Luger (SPÖ)
Kaserne	Linz (Kaserne Ebelsberg)	197.427	0,54	100	Bund	Luger (SPÖ)
Zelte	Linz (Zelte)	197.427	0,54	230	Bund	Luger (SPÖ)
Zwei Privathäuser	Neuhofen an der Krems	5.934	0,51	30	Land	Engertsberger (SPÖ)
Container	Ottensheim	4.515	1,90	50	Land	Böker (Namensliste)
Private Wohnungen	Raab	2.264	1,77	40	Land	Traunwieser (ÖVP)
Privates Wohnhaus	Seewalchen	5.426	0,31	v17	Land	Reiter (ÖVP)
Privates Wohnhaus	Senftenbach	744	2,67	20	Land	Leherbauer (ÖVP)
Hotel	Spital am Pyhrn	2.222	3,15	70	Land	Exenberger (SPÖ)
Erstaufnahme- stelle (Überbele- gung)	St. Georgen im Attergau (Thalham)	4.376	6,63	200	Bund	Aigner (ÖVP)
Zelte	St. Georgen im Attergau (Thalham)	4.376	4,56	160	Bund	Aigner (ÖVP)
Privates Wohnhaus	Thalheim bei Wels	5.466	0,37	20	Land	Stockinger (ÖVP)
Hotel	Ulrichsberg	2.851	3,51	100	Bund	Kellermann (ÖVP)
Psychiatrische Klinik („Frauenklinik Wels“)	Wels	59.858	0,33	60	Land	Koits (SPÖ)
Privates Wohnhaus	Wels	59.858	0,28	30	Land	Koits (SPÖ)